Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 260. Dienstag, 6. November 1928, abends. **81. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Reichstagsbeginn schon am Montag.

Berlin. (Funkspruch.) Nach einem heute gefaßten Beschluß des Aeltestenrats wird, wie das Nachrichtenbüro des „VDZ." erfährt, der **Reichstag schon am Montag nächster Woche zusammentreten.** Als erster Gegenstand sind die **Anträge zur Aussperrung in Westdeutschland** und auf **Abänderung des Schlichtungswesens auf die Tagesordnung gesetzt.**

In der 2. Hälfte der Woche soll die **außenpolitische Debatte über Genf, Reparationen und Rheinlandräumung** mit den dazugehörigen Anträgen angesetzt werden, die Außenminister Dr. Stresemann mit einer Erklärung der Regierung einleiten wird. Nach Abschluß der außenpolitischen Debatte kommen, wie das Nachrichtenbüro des „VDZ." weiter hört, die **Anträge auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers** zur Verhandlung.

Ruhrkampf, Panzerkreuzer und Stegerwald.

qu. Der harte Wirtschaftskampf an der Ruhr geht weiter. Nach Lage der Dinge ist vorläufig noch nicht abzusehen, wie lange er sich hinziehen wird. Die ausgesperrte Arbeiterschaft ist im allgemeinen ruhig. Aufputschungsmanöver der Kommunisten werden dank der guten Haltung der Arbeiterführer im Keime erstickt. In den letzten Tagen waren Vorschläge aufgetaucht, in denen es hieß, der Reichstag solle sofort einberufen werden und sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Wie wir jedoch an zuständiger Stelle erfahren, hat man seitens der Regierung von einer früheren Einberufung des Reichstages Abstand genommen, weil man hofft, auch ohne den mit der ganzen Angelegenheit zu Rande zu kommen.

Mehr als bisher bei dem Ruhrkampf in den Vordergrund getreten sind jetzt auch die christlichen Gewerkschaften, die den Offensiv-Krieg der Unternehmer gegen die Staatsautorität Seite an Seite mit den sozialdemokratischen Arbeitern durch Widerstand bis zum Letzten abzuwehren sich entschlossen erklärten. Ihr Führer ist der in letzter Zeit vielgenannte Zentrumsabgeordnete Stegerwald. Den christlichen Gewerkschaften gehören aber auch jene Arbeitergruppen an, deren Führer die deutschnationalen Abgeordneten Lambach und Behrens sind. Das Gros der christlichen Gewerkschaften sind allerdings Zentrumsangehörige.

Stegerwald, der früher einer der stärksten Gegner der Sozialdemokratie war, hat seit den letzten Reichstagswahlen seine Ansichten anscheinend etwas geändert. Es ist nämlich in den letzten Monaten die Beobachtung gemacht worden, daß er seit dem 20. Mai dieses Jahres nicht mehr so offenkundig die Sozialdemokratie angreift. Er läßt sie sogar ruhig regieren, ohne sie zu stören. Natürlich hilft er ihnen beim Regieren nicht. Das wäre zu viel verlangt. Er hat früher einmal, wie noch vielfach bekannt sein dürfte, in Rechtspolitik gemacht. Seitdem aber das Bündnis mit den Deutschnationalen dem Zentrum anscheinend bei den Wahlen so schlecht bekommen ist, hat er nichts mehr für den Bürgerblock übrig. Aber für eine Linkspolitik hat er sich trotzdem nicht ins Zeug gelegt. Annehmbar wäre sie ihm höchstens unter Zentrumsführung. In der Panzerkreuzerfrage hat er sich bisher jeder Linksentwicklung in seiner eigenen Partei widersetzt.

In diese Sachlage hinein fällt nun wie ein Blitz aus heiterem Himmel der Ruhrkampf, der die gesamte Arbeiterschaft des größten deutschen Industriegebietes aufpeitscht. Ueber Stegerwalds nunmehrige Haltung erfahren wir von gut unterrichteter parlamentarischer Seite folgendes: Er sieht die Gefahr kommen, daß seine Arbeiteranhänger vielleicht Sozialisten werden könnten. Das Zentrum darf sich aber um keinen Preis bei der Wahrung der Arbeiterinteressen von der Sozialdemokratie übertreffen lassen. Darum hat er jetzt die Parole ausgegeben: Widerstand bis zum Letzten.

Die **soziale Radikalisierung des Zentrums wirkt sich natürlich auch auf die Stellung seiner Anhänger zum Panzerkreuzer aus. In wenigen Wochen fällt die Entscheidung im Reichstag über den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Baues von Panzerkreuzern. In allen politischen Büros sitzt man jetzt mit dem Bleistift in der Hand und berechnet die Aussichten der Abstimmung,** da ja von ihr so unendlich viel für die politische Gestaltung der ganzen Winterarbeit abhängt.

Bisher stand die Rechnung so: Sicher sind 240 Stimmen gegen den Panzerkreuzer, dafür sind vielleicht 250, wenn nämlich Zentrum und Wirtschaftspartei geschlossen dafür stimmen. Aber das tun sie bestimmt nicht. Die Wirtschaftsparteiler wollen sparen. Das Zentrum aber will seine christlichen Arbeiter nicht verärgern. Darum will es bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag gegen den Panzerkreuzerbau keinen Fraktionszwang ausüben und gibt die Abstimmung frei. Zunächst rechnete man nur mit einem halben oder dreiviertel Dutzend Stimmenthaltung beim Zentrum. Nach Auffassung gut unterrichteter parlamentarischer Kreise wird jedoch die Aussperrung im Ruhrrevier für mehr sorgen. Stegerwald, der spiritus rektor, ist nicht nach links gegangen. Er sitzt in der Mitte der Wippe und drückt aus Zweckmäßigkeitsgründen einmal nach rechts und einmal nach links.

Der Antrag auf Landtagsauflösung abgelehnt.

Auch der Mißtrauensantrag gegen die Regierung Heldt abgelehnt.

)(Dresden, 6. November. Der sächsische Landtag, der heute zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, lehnte mit Mehrheit den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages und das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Heldt ab und vertagte sich bis Donnerstag.

Zuchthaus bleibt im neuen Strafrecht.

wdz. **Berlin.** Der **Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform** setzte am Montag die **Beratung über die Arten der Freiheitsstrafen** fort.

Der sozialdemokratische Antrag, im § 34, der diese Strafen aufzählt, das Zuchthaus zu streichen und nur Gefängnis und Einschließung bestehen zu lassen, wurde gegen zehn Stimmen abgelehnt.

Beim § 35, der die **Dauer der Zuchthaus- und Gefängnisstrafe** behandelt, wurden kommunistische Anträge abgelehnt, die das lebenslange Zuchthaus beseitigen und die Zuchthausstrafe auf höchstens fünf Jahre beschränken wollten. Dazu erklärten die Sozialdemokraten, sie verzichteten auf die Beseitigung des lebenslangen Zuchthauses, weil die Todesstrafe nunmehr als abgeschafft gelten könnte.

Zum § 36 über die **Berechnung der Freiheitsstrafen** hatten die Kommunisten ausführliche Vollzugsbestimmungen beantragt. Der Ausschuß beschloß jedoch grundsätzlich, solche Bestimmungen nicht in das Strafgesetzbuch aufzunehmen.

Der Volksrechtparteiler Dr. Lobe, der dem Ausschuß als Hospitant der demokratischen Fraktion angehört, beantragte als Ersatz für kurze Freiheitsstrafen die Einführung einer Friedensbürgschaft durch Hinterlegung einer Geldsumme, stellte diesen Antrag jedoch bis zur zweiten Lesung zurück, damit sich die Regierung inzwischen mit dieser Frage genauer beschäftigen kann.

Es folgte die Beratung des § 64 über die **Reichsverweisung verurteilter Ausländer.** Im Ausschuß des alten Reichstages war beschlossen worden, dem Gericht die fakultative Befugnis zur Reichsverweisung zu geben, in der Konferenz mit Oesterreich war man jedoch zur obligatorischen Form der Vorlage zurückgekehrt. Die Kommunisten und Sozialdemokraten beantragten heute die Streichung, weil ja die Verwaltungsbehörden bereits die Befugnis hätten, Ausländer auszuweisen. Dr. **Wegmann** (Z.) trat jedoch für die Aufrechterhaltung des § 64 ein, wenn auch nur in der fakultativen Form, damit Widersprüche zwischen Gericht und Verwaltung vermieden werden.

Reichsjustizminister Koch-Weser führte aus, daß den Mängeln des jetzigen Staatsangehörigkeitsgesetzes insbesondere in der Frage der Behandlung der durch Heirat mit einem Ausländer oder einem Staatenlosen selbst staatenlos gewordenen deutschen Frauen durch die Streichung des § 64 nicht abgeholfen würde. Diese Vorschrift gebe den Landespolizeibehörden kein größeres Recht als sie bisher schon hätten. § 64 zeige eine Vereinfachung in unitarischem Sinne bezüglich der Befugnis der Landespolizeibehörden zur Ausweisung lästiger Ausländer. Er bitte, es bei der Vorlage zu belassen.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (Soz.) beantragte eine Entschließung betreffend schleunige Umgestaltung der Bestimmungen über die Staatsangehörigkeit der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) beschwerte sich darüber, daß Deutschland in der Frage der Staatsangehörigkeit der an Ausländer verheirateten Frauen wegen der Haltung des Auswärtigen Amtes hinter England, Frankreich und Amerika nachhinke.

Angenommen wurde die von Dr. **Rosenfeld** beantragte Entschließung. Mit siebzehn Stimmen wurde auch der Antrag **Wegmann** angenommen, wonach das Gericht die Reichsverweisung für zulässig erklären **kann.** Im übrigen wurde **§ 64 nach der Vorlage angenommen, ebenso die Paragraphen 46 und 47 (Nebenstrafen und Nebenfolgen).**

§ 48 regelt die Frage, wer infolge Verurteilung unfähig wird, **öffentliche Aemter zu bekleiden.** Die Rechtsanwaltschaft wird den öffentlichen Aemtern gleichgestellt.

Reichsjustizminister Koch wandte sich **gegen die Einbeziehung der Anwaltschaft.** Allen Standesorganisationen, die Ehrengerichte hätten, solle man zweckmäßigerweise selbst den Ausschluß unwürdiger Elemente überlassen. Ferner machte der Minister das seinerzeit bereits von Gneist betonte politische Moment geltend, daß ein besonderer Stand vorhanden sein müsse, der auch in Konfliktzeiten in der Lage sei, denjenigen gewissermaßen ein innerpolitisches Asyl bei sich zu gewähren, die in solchen Konfliktszeiten einer Verurteilung anheimfielen.

Abg. **Hergt** (Dnat.) betonte, daß die Gleichstellung der Rechtsanwaltschaft mit den Staatsbeamten in diesem Paragraphen der Bedeutung der Rechtsanwaltschaft für das gesamte Rechtsleben entspreche. **An den Rechtsanwalt als gleichberechtigtes Organ der Rechtspflege dürfe man keine geringeren Anforderungen stellen als an den Richter und an den Staatsanwalt.** In der Streichung der Rechtsanwaltschaft aus dem § 48 liege die Gefahr einer Minderung des Ansehens dieses Standes.

Der Antrag, die Rechtsanwaltschaft aus dem § 48 zu streichen, wurde gegen elf Stimmen abgelehnt und § 48 nach der Vorlage angenommen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Kahl, betonte ausdrücklich, daß die **Frage der Patentanwälte noch nicht entschieden** sei, sondern erst in zweiter Lesung behandelt werde.

§ 52 handelt von der **Einziehung von Sachen oder Vermögenswerten,** die mit einer strafbaren Handlung im Zusammenhang stehen. Die Kommunisten beantragten völlige Streichung des Paragraphen, die Sozialdemokraten wollten nur die Worte „und andere Vermögenswerte" gestrichen haben.

Reichsjustizminister Koch-Weser erklärte, daß er gegen den Vorschlag des Entwurfes, die Einziehung auf Forderungsrechte zu erstrecken, auch seinerseits Bedenken habe.

Der Abg. **Saenger** (Soz.) hatte die Befürchtung geäußert, daß die Bestimmung, deren Streichung die Sozialdemokraten verlangen, insbesondere auch gegenüber Guthaben von Gewerkschaften angewendet werden würde, wenn es bei Gelegenheit wirtschaftlicher Kämpfe zu strafbaren Handlungen käme. Es liege eine große Gefahr für die Streikkassen der Gewerkschaften vor.

Nach längerer Diskussion, in der auch die Frage besprochen wurde, inwieweit **Druckmaschinen oder Teile davon** einbezogen werden dürften, wurden die §§ 52—54 mit den dazu vorliegenden Anträgen einem Unterausschuß überwiesen.

Die Beratung wird heute Dienstag fortgesetzt.

Rede König Georgs V. bei der Wiedereröffnung des Parlaments.

London. (Funkspruch.) Der König eröffnete heute in Begleitung der Königin die 5. und letzte Tagung des gegenwärtigen Parlamentes mit einer Rede, in der er zunächst erklärte, die Beziehungen zu den andern Staaten seien nach wie vor freundschaftlicher Natur und seiner Genugtuung über die Unterzeichnung des Anti-Kriegspaktes Ausdruck gab. Er führte weiter aus: Die Regierung hat sich bemüht, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbunde nachzukommen, indem sie die Streitkräfte des Landes auf das mit der nationalen Sicherheit vereinbarte Mindestmaß herabsetzte. Es ist eine Vereinbarung über die Einleitung von Verhandlungen zur Prüfung der Möglichkeit einer vollständigen und endgültigen Regelung des Reparationsproblems getroffen worden. Außerdem wurde die Notwendigkeit erkannt, in **Verhandlungen über das Ersuchen Deutschlands um die Räumung des Rheinlandes einzutreten.**

Der König wies sodann auf die gesetzgeberischen Maßnahmen hin, die es den Eisenbahngesellschaften ermöglichen sollen, die Tarife für landwirtschaftliche, sowie Steinkohlen und Hüttenerzeugnisse zu senken, ferner auf die Gesetzentwürfe zur Reform des Systems der örtlichen Steuern, zur Reorganisation der örtlichen Verwaltung und zur Ausdehnung des Garantieplanes für die Ausfuhrkredite. Im Hinblick auf die notleidenden Bergbaudistrikte sagte er, die Minister träfen Maßnahmen zur erfolgreichen Verwirklichung des Planes der Ueberführung von Industriearbeitern und deren Auswanderung.

Die Thüringer Regierung gebildet.

Weimar. (Funkspruch.) In der heutigen Sitzung des Landtages von Thüringen wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 27 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung die vorgeschlagene Regierungsliste genehmigt. Danach besteht die Regierung aus folgenden Ministern:

Dr. Paulssen: Minister für Volksbildung und Wirtschaft,
Dr. Riedel, Jena: Minister für Justiz und Inneres,
Toelle: Finanzen.

Die nächste Landtagssitzung findet noch am Dienstag, den 20. November, statt.